

Türkei

OYA SUSANNE ABALI

Trotz Ermahnungen vonseiten der EU, gelang es der Türkei vor der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission am 8. November 2000¹ nicht, die notwendigen Reformen zur Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen auf den Weg zu bringen. Zur innenpolitischen Diskussion über Menschenrechte und Folter trug die Veröffentlichung von insgesamt neun Berichten der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments bei.² Der im Juli 2000 der Regierung vorgelegte Bericht des koordinierenden Oberausschusses für Menschenrechte lieferte die Arbeitsgrundlage für eine offizielle Erklärung der Regierung am 21. September, in der sie vorrangige Ziele setzte, und Gesetzesentwürfe zur Angleichung des gemeinschaftlichen Besitzstands, besonders in den Bereichen Zivil- und Strafrecht, ankündigte.

Bei den Ankündigungen blieb es jedoch vorerst. Die Kritik der EU fand ihren Niederschlag in dem von der Europäischen Kommission am 8. November 2000 vorgestellten Beitrittspartnerschaftsabkommen für die Türkei.³ Auf der Basis des Fortschrittsberichts wurden die kurz- und mittelfristigen Prioritäten für einen Beitritt der Türkei festgelegt und der Rahmen für die finanzielle Unterstützung im Beitrittsprozess aufgezeichnet.

Das Beitrittspartnerschaftsabkommen fasste unter den kurzfristigen, bis Ende 2001 zu erfüllenden politischen Kriterien elf Punkte zusammen. Der für Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen erklärte, dass der Bericht deutlich zeige, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen derzeit nicht erfülle und somit nicht reif für konkrete Verhandlungen sei.⁴

Das Nationale Programm und seine Umsetzung

Am 19. März 2001 stellte die türkische Regierung das „Nationale Programm für die Annahme des Besitzstands der Europäischen Union“ vor, das als Ergänzung zur Heranführungsstrategie an die EU erarbeitet wurde.⁵ Reformen werden auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaats angekündigt, wobei das Programm in diesem Zusammenhang insbesondere Maßnahmen zu Gedanken- und Meinungsfreiheit, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Bekämpfung von Folter, den Haftbedingungen in den Gefängnissen und den Änderungen des Antiterrorgesetzes anspricht. Die Überarbeitung der Verfassung wird als vorrangig bezeichnet. Die Abschaffung der Todesstrafe wird mittelfristig angestrebt, während eine Verpflichtung, das seit 1984 geltende Moratorium bei Hinrich-

tungen einzuhalten, bekräftigt wird. Im Hinblick auf die sprachlichen und kulturellen Rechte der ethnischen Minderheiten in der Türkei – ohne den Begriff Kurden zu gebrauchen – wird darauf hingewiesen, dass die Amtssprache der Türkei auch im Bildungswesen Türkisch sei, dass aber die Verwendung anderer Sprachen und Dialekte „türkischen Bürgern“ nicht verboten sei, wobei diese Freiheit nicht zu „separatistischen Zwecken“ missbraucht werden dürfe. Die türkische Regierung habe eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um die „regionalen Unterschiede“ zu mildern und sehe vor, den Ausnahmezustand in vier südöstlichen Provinzen – ausgehend von einer Beurteilung der Gefahr und der Sicherheit vor Ort – aufzuheben. Zur Rolle des Nationalen Sicherheitsrats – und somit der Rolle der Armee in der Politik – konstatiert die Türkei, dass dieser den Status eines beratenden Organs innehatte und die ihn betreffenden Artikel der Verfassung und Gesetzgebung mittelfristig überprüft werden. In der Zypernfrage unterstütze die Türkei die Bemühungen der Vereinten Nationen auf der Grundlage der Gleichheit der beiden souveränen Inselteile.

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament begrüßten zwar das Dokument, äußerten sich jedoch kritisch zu den vorsichtigen Formulierungen und vermissen klare Aussagen.⁶ Formell beantwortete das Programm alle von der EU angesprochenen Punkte, spiegelte aber auch den Minimalkonsens der Koalitionspartner (die Demokratische Linkspartei, DSP, des Premierministers Bülent Ecevit, die Mutterlandspartei, ANAP, und die Nationale Aktionspartei, MHP) bei brisanten Themen und die Empfindlichkeiten der Armee wider. Selbst der für EU-Angelegenheiten zuständige Minister Mesut Yılmaz räumte ein, dass die Türkei mehr Wagemut hätte zeigen können.⁷ Dennoch ist das umfassende Demokratisierungsvorhaben zu würdigen. Die Grundaussage des Programms, aber auch die detaillierte Vorarbeit hinsichtlich der an den *Acquis communautaire* anzupassenden Gesetze – 4000 an der Zahl, wobei 94 Gesetze novelliert und 89 neu verabschiedet werden müssen⁸ – demonstriert den Reformwillen und die Reformbereitschaft. Das im Juni 2000 geschaffene „Generalsekretariat für die Europäische Union“ unter der Leitung von Volkan Vural war maßgeblich an der Formulierung des Nationalen Programms beteiligt und wird auch in Zukunft eine wichtige Schnittstelle zur Koordinierung der türkischen Europapolitik sein. Die von dem Europäischen Parlament bewilligten Finanzhilfen von jährlich 350 Millionen Mark als Vorbeitrittshilfen werden die Umsetzung der Reformen unterstützen.⁹

Der nächste Fortschrittsbericht der Kommission wird im November 2001 erscheinen und die Entwicklungen der Türkei in der Erfüllung der kurzfristigen politischen Kriterien wie auch die Zielsetzungen des Nationalen Programms bewerten. Das seit Oktober 2000 andauernde Todesfasten von politischen Häftlingen und ihren Sympathisanten wirft kein positives Licht auf die Menschenrechtssituation in der Türkei, wenn auch die Drahtzieher der Aktionen selbst von einer Delegation des Europäischen Parlaments als „Terroristen“ bezeichnet wurden. Im Juli 2001 wurde der Ausnahmezustand in den vier südöstlichen Provinzen erneut verlängert. Eine umfassende Verfassungsreform ist ausgearbeitet, wird jedoch erst im Herbst 2001 im Parlament besprochen werden können. Ein Lichtblick ist der Staatspräsident

Ahmet Necdet Sezer, der sich als integrierender Garant der Demokratie etabliert hat und nicht vor Konfrontationen zurückschreckt. Als letzte prüfende Instanz vor der Verabschiedung der Gesetze, schickte er fünf Gesetze, darunter ein die Meinungsfreiheit in den Medien stark beschneidendes Gesetz, als verfassungswidrig an das Parlament zurück. Er ist ein Vertreter jener politischen Kräfte in der Türkei, die durch die Bekämpfung von Korruption und mehr Transparenz im politischen System einen demokratischeren Rechtsstaat schaffen wollen, und genießt große gesellschaftliche Unterstützung. Dies lässt auf den langfristigen Erfolg hoffen.

Die türkische Wirtschaft in der Krise

Die im ersten Halbjahr erzielten positiven Ergebnisse des von der türkischen Regierung Anfang 2000 beschlossenen Wirtschaftsprogramms erlitten ihren ersten Rückschlag mit der Bankenkrise im November 2000. Der Vertrauensverlust in die Stabilität der Regierung löste am 19. Februar 2001 die wohl schwerste Wirtschaftskrise der türkischen Republik aus.¹⁰ Es folgte die Freigabe des Wechselkurses, gleichbedeutend mit der Abwertung der türkischen Lira um 40 Prozent. Bei einem Haushaltsdefizit von 14% des BIP und einer Außenverschuldung von 110 Mrd. US-Dollar,¹¹ war es offensichtlich, dass es der Türkei nicht gelingen würde aus eigenen Kräften die Geld- und Devisenmärkte zu stabilisieren und die Wirtschaft zu sanieren. Keine der bisher abgeschlossenen 17 Beistandsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) führten zu den notwendigen finanzpolitischen Reformen und brachten einen Vertrauensverlust von internationalen Geldgebern gegenüber der Türkei mit sich.¹² Die türkische Regierung setzte ihre Hoffnungen auf Kemal Dervis, der Ende Februar von seinem Posten als Vizepräsident der Weltbank in das Kabinett Ecevit als Staatsminister für Wirtschaft wechselte. Anfang April gelang es ihm, 10 Mrd. US-Dollar an Sofortkrediten in Aussicht zu stellen, die an die Umsetzung eines neuen Stabilisierungsprogramms und Wirtschaftsreformen geknüpft waren. Das Stabilisierungsprogramm sieht neben einer strengen Fiskalpolitik unter anderem die beschleunigte Privatisierung der Staatsunternehmen und strukturelle Reformen für die Sanierung des Bankensektors vor. Trotz einiger innenpolitischer Kritik an der Oberflächlichkeit des Programms,¹³ sprach die Regierung mit einer formellen Absichtserklärung dem Programm im Mai ihre volle Unterstützung aus.

Die Verabschiedung von 15 Gesetzesinitiativen durch das Parlament stieß jedoch zunächst auf erheblichen Widerstand. Es handelte sich nicht nur um wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen, die überfällig sind, sondern auch um einen Eingriff in das politische System: Jahrzehntlang haben Politiker unter dem Deckmantel des Etatismus sich selbst Vorteile verschafft. Staatsbanken wurden zur Parteienfinanzierung oder als billige Kreditquellen für Politiker missbraucht, die Staatsbetriebe durch Misswirtschaft in den Ruin getrieben, staatlich festgesetzte Erzeugerpreise für Tabak oder Zucker und Agrarsubventionen – bei einer Landbevölkerung von 46 Prozent – als Wahlkampfmittel eingesetzt. Zudem hatte Korruption bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen geherrscht.

Dass alle Gesetze noch vor der Sommerpause des Parlaments verabschiedet werden konnten, ist ein enormer Fortschritt und ist sowohl dem internationalen Druck des IWF wie auch der Unnachgiebigkeit des Wirtschaftsministers zuzuschreiben. Die Implementierung des wirtschaftlichen Programms wird das Leben der Bevölkerung in dem nächsten Jahr nicht einfacher machen. Seit Mitte Februar ist eine starke Rezession eingetreten, die Inlandsnachfrage hat sich halbiert, die Produktion ist um 40 Prozent zurückgegangen. Das Wirtschaftswachstum für 2001 wird auf minus 2-4 Prozent geschätzt, und das Haushaltsdefizit könnte die Inflation bis Jahresende auf 80-100 Prozent treiben. Erst 2002 ist ein Rückgang in der Inflation und ein positives Wachstum zu erwarten. Für den Erfolg des Programms ist nicht nur das erneute Vertrauen der Investoren in die türkischen Lira notwendig, sondern auch eine stabile Regierung, welche das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnt. Eine Umfrage im April 2001 ließ erkennen, dass keine der etablierten Parteien (außer der MHP) über die 10 Prozent Hürde käme und die Koalitionsparteien gemeinsam lediglich einen Stimmenanteil von 18 Prozent erreichen würden. Eine Änderung des Parteiengesetzes, welches die etablierten Parteiführer entmachtet und innerparteiliche Demokratie zulässt, ist notwendig, um neuen politischen Kräften Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

Die griechisch-türkische Annäherung – Zypern als Stolperstein?

Die gute Zusammenarbeit, die seit dem Frühjahr 1999 zwischen der Türkei und Griechenland herrscht, konnte aufrechterhalten werden, obwohl zwei Rückschläge den Annäherungsprozess im Herbst 2000 trafen. Was Ende Oktober als Höhepunkt der Entspannungspolitik begann, ein gemeinsames NATO-Manöver in der Ägäis, endete in einem Streit um den Luftraum über die zwei griechischen Inseln Lemnos und Icaria und dem Rückzug Athens aus dem Manöver.¹⁴ Ende November kühlte das Klima zwischen Athen und Ankara wegen der Aufnahme der Zypernfrage in das Beitrittspartnerschaftsabkommen weiter ab.¹⁵ Die Türkei warf Griechenland vor, Druck auf die Kommission ausgeübt zu haben, um die Zypern- und Ägäisfrage noch in letzter Minute in das Abkommen einzufügen. Eine diplomatische Umformulierung der entsprechenden Passage entspannte jedoch die Situation.

Den beiden Außenministern der Türkei und Griechenlands, Ismail Cem und Georgios Papandreou, gelang es jedoch im Fortlauf der Verhandlungen, unter Aussparung der Zypernfrage und der Frage des Festlandsockels in der Ägäis, die Beziehungen Schritt für Schritt zu verbessern. Ein Liste von 17 vertrauensbildenden Maßnahmen, darunter beispielsweise die gemeinsame Verbrechensbekämpfung, die Räumung von Minen an der gemeinsamen Landesgrenze und die Lockerung von Visavorschriften, wird derzeit abgearbeitet. Zwischen den beiden Ministerien besteht ein kontinuierlicher Dialog und auf Regierungsebene fanden Treffen statt.¹⁶ Wenn dieser Trend anhält, könnte es sogar sein, dass es, begünstigt durch Finanzschwierigkeiten und Kürzung der Rüstungsetats in beiden Ländern, zu einem Abkommen zur gegenseitigen Rüstungsreduktion kommt.¹⁷ Dennoch stellt der

Beitrittsprozess Zyperns eine Bewährungsprobe für die bilateralen Beziehungen, aber auch für die Beziehungen zur EU dar.

1999 wurde Zypern als Beitrittskandidat auf dem EU-Gipfel von Helsinki anerkannt und soll 2003 Mitglied der EU werden. Formell ist eine politische Lösung, die die zwischen den türkisch- und griechisch-zypriotischen Bevölkerungsgruppen seit 1974 bestehende Inselteilung aufheben würde, keine Voraussetzung für die Aufnahme. Die EU sieht aber zugleich den Status quo als inakzeptabel an und fordert beide Seiten, besonders den türkisch verwalteten Teil Zyperns, mit Nachdruck auf, die Gespräche unter der Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen weiterzuführen.¹⁸ Die Zypernfrage ist jedoch von so existenzieller sicherheitspolitischer Bedeutung für die Türkei, dass sie zu keinen Kompromissen bereit ist und im Falle einer zyprischen EU-Mitgliedschaft unter den gegebenen Umständen den türkischen Teil der Insel in die Türkei integrieren würde.¹⁹ Damit wäre der Weg der Türkei in die EU durch das griechische Veto jedoch verbaut.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bereits im Sommer 2000 hatte die Türkei beim EU-Gipfel in Santa Maria da Feira in einer Mitteilung an die europäischen NATO-Mitglieder mehr Mitwirkungsrechte bei einer im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stattfindenden Krisenintervention gefordert.²⁰ Im Dezember 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Nizza darauf verständigt, dass Nichtmitglieder der EU nicht als Vollmitglieder der ESVP angehören können. Die bloße Beteiligung von NATO-Partnern durch Dialog, Zusammenarbeit und Konsultationen bei der Vorbereitung und Durchführung von ESVP-Operationen ist für die Türkei ungenügend.²¹ Sie beruft sich auf das Kommuniqué des NATO-Gipfeltreffens von Washington 1999, wonach die künftigen Konsultationen und die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU auf WEU-Mechanismen aufbauen sollen. Die Türkei war als assoziiertes Mitglied der WEU faktisch den Vollmitgliedern gleichgestellt und will diesen Status beibehalten. Einerseits sind es vitale sicherheitspolitische Interessen, welche dazu führen, dass sich Ankara wenig kooperativ zeigt: Angesichts der potenziellen Krisenherde in der Nachbarschaft, will sich die Türkei nicht vor vollendete Tatsachen gestellt sehen, besonders wenn es sich um einen Einsatz in Zypern, der Ägäis oder dem Kaukasus handelt. Aber auch der Eindruck, dass eine Integration der Türkei in die EU nicht wirklich gewünscht ist, trägt zu dem Widerwillen, Kompromisse einzugehen, bei.²² Auf europäischer Seite wurde indes gemutmaßt, dass die Türkei ihr Vetorecht in der NATO – und somit den Rückgriff auf NATO-Strukturen bei ESVP-Missionen – als Hebel einsetze, um durch eine Hintertür in die EU zu gelangen.²³

In Brüssel sieht man keinen weiteren Spielraum für Kompromisse, eigentlich wollte die EU bereits Ende 2001 eine vorläufige Einsatzbereitschaft verkünden.²⁴ Ein allgemein positiveres Klima in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei könnten weitere Vermittlungsversuche – unter Umständen auch vonseiten der USA – begünstigen.

Ausblick

Das Verbot der islamistischen Tugend Partei (FP) hat im Juli 2001 im In- und Ausland Besorgnis hervorgerufen. Es ist zu erwarten, dass sich im Herbst eine Nachfolgepartei etablieren wird, und auch von den Neugründungen einer alternativen islamistischen Partei und einer sozialdemokratischen Partei ist die Rede. Bleibt zu hoffen, dass sich die Türkei durch die innenpolitischen Turbulenzen nicht allzu sehr ablenken lässt, keine Neuwahlen ansetzt und die Koalitionsregierung vorerst die notwendige politische Stabilität für die Fortführung des Reformkurses liefert. Zu einer Vollmitgliedschaft gibt es für die Türkei keine Alternative, aber ihr Tempo, mit dem sie dieses Ziel erreichen will, wird sie selbst vorgeben.

Anmerkungen

- 1 Siehe: <http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/index.htm>
- 2 FR (Frankfurter Rundschau), 30.10.00.
- 3 Das Beitrittspartnerschaftsabkommen wurde auf dem Gipfeltreffen in Nizza am 4.12.2000 verabschiedet und trat am 8.3.2001 in Kraft.
- 4 Rapid, 8.11.00.
- 5 Siehe <http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/adc/executive.summ.htm>
- 6 SZ (Süddeutsche Zeitung), 27.03.01.
- 7 FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), 22.03.01.
- 8 FAZ, 20.03.01.
- 9 FAZ, 15.02.01.
- 10 Der Istanbul Index verlor in zwei Tagen 63% seines Höchstwerts, am 19. Februar wurden Investitionen im Wert von 5 Mrd. US-Dollar zurückgezogen.
- 11 FR, 06.04.01.
- 12 FR, 02.05.01.
- 13 Cumhuriyet, 15.04.01.
- 14 NZZ, 2.11.00.
- 15 NZZ, 22.11.00.
- 16 FAZ, 09.07.01.
- 17 SZ, 05.04.01.
- 18 Die Gesprächsrunden sind seit Dezember 2000 zu einem Stillstand gekommen. Der Vertreter der türkischen Zyprioten, Rauf Denktas, verweigert die Wiederaufnahme der Gespräche solange die Republik Nordzypern im Rahmen der Gespräche nicht als souveräner Staat akzeptiert wird. The Wall Street Journal, 11.04.01.
- 19 FAZ, 18.04.01.
- 20 FAZ, 18.12.00.
- 21 NZZ, 16.05.01.
- 22 Ein von britischen Diplomaten ausgearbeiteter Kompromissvorschlag, welcher die Türkei durch bilaterale „Seitenabreden“ einbeziehen wollte, wurde vom türkischen Generalstab abgelehnt. Handelsblatt, 17.05.01.
- 23 So Javier Solana. NZZ, 15.02.01.
- 24 SZ, 07.04.01.

Weiterführende Literatur

- Arslan, Riza: Die Europäische Union und die Türkei. Ungleiche Partner. In: Südosteuropa (München), 49(2000) 5-6, S. 325-339.
- Dagi, Ihsan D.: Human rights, democratization and the European community in Turkish politics. The Özal years, 1983-87. In: Middle Eastern Studies, 1/2001, S.17-40.
- Der EU-Beitritt der Türkei. In: Internationale Politik, 3/2000, S. 55-62.
- Kramer, Heinz: Zypern in der EU: kein Kandidat wie jeder andere, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2000 (AP 3141).
- Müftüler-Bac, Meltem: The Impact of the European Union on Turkish Politics. In: East European Quarterly XXXIV, 2/2000, S. 159-179.
- Rühl, Lothar: Die Türkei am Rande Europas. In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.), Jahrbuch internationale Politik 1997-1998, München 2000.
- Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklungen in der Türkei seit Helsinki. In: Internationale Politik 11/ 2000, S. 11-18.